

## Vorlage Stadtparlament

Datum	12. Mai 2020
Beschluss Nr.	4179
Aktenplan	152.15.13 Stadtparlament Einfache Anfragen

### **Einfache Anfrage von SP/Juso/PFG-Fraktion und Grüne/Junge Grüne-Fraktion: «Schutz und ordentliches Asylverfahren für Geflüchtete»; Beantwortung**

Am 11. März 2020 reichten die SP/Juso/PFG-Fraktion und Grüne/Junge Grüne-Fraktion die beiliegende Einfache Anfrage betreffend «Schutz und ordentliches Asylverfahren für Geflüchtete» ein.

Der Stadtrat beantwortet die Einfache Anfrage wie folgt:

#### **1 Ausgangslage**

Der Stadtrat verfolgt die Lage im Asylbereich, darunter insbesondere die neuesten Entwicklungen im Grenzgebiet zwischen Griechenland und der Türkei sowie auf den griechischen Inseln, mit grossem Bedauern. Er schenkt dem rechtlichen und moralischen Auftrag, zugewiesenen Asylsuchenden ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen, ein grosses Augenmerk.<sup>1</sup> Die Schweiz blickt auf eine lange humanitäre Tradition zurück. Religiös oder politisch Verfolgte finden seit Jahrhunderten in der Schweiz Zuflucht. Es entspricht einem zentralen Gedanken der eidgenössischen Asylpolitik, dass Menschen in der Schweiz Asyl gewährt wird, sofern die hierfür notwendigen Voraussetzungen erfüllt sind.

Die Schweiz hat Griechenland seit 2015 in verschiedenen Bereichen mit Massnahmen im Umfang von rund sieben Millionen Franken unterstützt. Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) versorgte etwa Aufnahmezentren auf den griechischen Inseln mit Zelten, Betten, Decken, Medikamenten und medizinischer Basisausrüstung. Zudem finanziert sie Projekte im Bereich der Familienzusammenführung, der Betreuung besonders vulnerabler und unbegleiteter minderjähriger Asylsuchender (UMA) und zum Schutz von Frauen in Aufnahmezentren.

Die Eidgenössische Zollverwaltung (EZV) stellt regelmässig Experten für Frontex-Einsätze zur Unterstützung der griechischen Grenzverwaltung zur Verfügung. Das Staatssekretariat für Migration (SEM) wiederum hat Projekte für die sichere freiwillige Rückkehr von Migrantinnen und Migranten mitgetragen. Zudem unterstützt das SEM die Nichtregierungsorganisation ZEUXIS, die ein Tageszentrum für Familien sowie ein Aufnahmezentrum für UMA weiblichen Geschlechts in der Nähe Athens betreibt. ZEUXIS plant zudem, ein zweites Zentrum für UMA männlichen Geschlechts zu eröffnen. Zudem hat das SEM angeboten, die Aufnahme von UMA aus Griechenland im Rahmen des Dublin-Systems zu prüfen, sofern familiäre Verbindungen in die Schweiz bestehen.

---

<sup>1</sup> Vgl. dazu auch die Antwort auf die Interpellation «Solidarität mit den Bootsflüchtlingen», Vorlage Nr. 2365 vom 4. Dezember 2018.

## 2 Beantwortung folgender Frage

*Ist der Stadtrat bereit, sich beim Bund dafür einzusetzen, dass die Bundesasylzentren und die kantonalen Zentren ausgelastet werden, indem Menschen auf den griechischen Inseln oder in Gebieten mit ähnlichen humanitären Krisen in der Schweiz unverzüglich Schutz geboten wird, damit ihnen hier ein ordentliches Asylverfahren gewährleistet werden kann?*

Der Stadtrat hat diese Anfrage bereits mit der Städteinitiative Sozialpolitik beim Staatssekretariat für Migration (SEM) platziert, da dies auch ein Anliegen anderer Städte ist. Die Antwort ist noch hängig.

In einer Besprechung mit dem SEM im Februar 2020 haben der Schweizerische Städteverband und die Städteinitiative Sozialpolitik das Anliegen verschiedener Städte, sich im Asyl- und Flüchtlingswesen verstärkt engagieren zu können, vorgebracht. Das Interesse an der Thematik war dem SEM zuvor in einem Schreiben dargelegt worden. Heute ist der Bund für die Durchführung von Asylverfahren und für die Anerkennung von Flüchtlingen zuständig; diese Zuständigkeit wurde mit der Einführung der beschleunigten Asylverfahren im Jahr 2019 bestätigt und weiter ausgebaut. Der Bund verteilt die Personen nach positivem Abschluss des Asylverfahrens oder im Laufe eines erweiterten Verfahrens gemäss einem vordefinierten Verteilschlüssel auf die Kantone. Diese wiederum verteilen die Personen dann auf die Gemeinden.

Das SEM verwies in dem Gespräch mit Nachdruck darauf, dass an dieser bestehenden Praxis festzuhalten sei und dass im Prozess der Erstaufnahme kein separates Engagement von Städten und Gemeinden vorgesehen sei. Fragen zur Aufnahme von Flüchtlingen oder Asylsuchenden in einer Gemeinde seien immer mit dem jeweiligen Kanton zu koordinieren. Anträge zur Veränderung von Aufnahmekontingenten sollten aufgrund der bestehenden Praxis von Kantonen oder interkantonalen Konferenzen an den Bund gestellt werden. Stellungnahmen der Städte und Gemeinden zum Asylwesen entfalteten deshalb primär dann eine Wirkung, wenn sie direkt an die Kantone gerichtet werden.

Die Stadt St.Gallen kann aufgrund der geschilderten Zuständigkeitsordnung, und bevor konkrete Grundlagen des Bundes vorliegen, keine separaten kommunalen Massnahmen zur Verbesserung der Situation der Flüchtlinge an der türkisch-griechischen Grenze oder auf den griechischen Inseln ergreifen. Der Stadtrat befürwortet nach wie vor eine Stärkung der Resettlementpolitik<sup>2</sup>, weil damit unmittelbar Schutzbedürftigen geholfen werden kann. Er wird über die Mitgliedschaft im Städteverband, im Speziellen im Verein Städteinitiative Sozialpolitik, darauf hinwirken, dass die Einflussmöglichkeiten der Städte und Gemeinden im Asylbereich erweitert werden, wo dies sinnvoll und finanzpolitisch machbar erscheint.

---

<sup>2</sup> Durch die Resettlement-Programme des Bundes werden besonders verletzte Personen direkt aus den Flüchtlingslagern der UNO aufgenommen und in die Schweiz überführt.

Der Stadtpräsident:  
Thomas Scheitlin

Der Stadtschreiber:  
Manfred Linke

Beilage:

- Einfache Anfrage vom 11. März 2020